



Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

26. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksachen 16/6500, 16/6710 (Ergänzung) und 16/6990 (zweite Ergänzung)

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/2162 (Erläuterungsband)

Vorlage 16/2286 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2 des Einzelplans 15)

Vorlage 16/2250 (Einführungsbericht)

Einführung, Detailberatung und abschließende Beratung und Abstimmung, gegebenenfalls auch über Änderungsanträge

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) trägt den
Einführungsbericht zum Haushalt vor.

Der Ausschuss diskutiert den Haushalt. Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP und der CDU bei Enthaltung der Piratenfraktion zu.

2 Schwangerschafts(konflikt)beratung – Trägerverteilung in NRW 7

Vorlage 16/2315

– Diskussion

3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz – AG SchKG) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6095

Ausschussprotokoll 16/681

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss gibt zum Gesetzentwurf der Landesregierung kein Votum ab.

4 Verschiedenes 13

– Resolution „TERRE DES FEMMES“ – Sexistische Werbung

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion die als Anlage dem Protokoll beigefügte gemeinsame Resolution.

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 16/6500, 16/6710 (Ergänzung) und 16/6990 (zweite Ergänzung)

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/2162 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/2286 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2 des Einzelplans 15)
Vorlage 16/2250 (Einführungsbericht)

Einführung, Detailberatung und abschließende Beratung und Abstimmung, gegebenenfalls auch über Änderungsanträge

Bezogen auf den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses trägt **Ministerin Barbara Steffens (MGEPA)** zur Einführung in den Haushalt auszugsweise aus der Vorlage 16/2250 vor.

Gerda Kieninger (SPD) findet es sehr gut, dass der Haushalt überrollt worden sei und keine Einschnitte stattgefunden hätten. Das sei in der gegenwärtigen Situation ein ganz wichtiges Signal an die Frauen im Land.

Die Verpflichtungsermächtigung bis 2018 sei eine Sicherheitsgarantie für die Beratungsstellen und die Frauenhäuser, die sonst zum Jahresende immer hätten zittern müssen, wie es weitergehe. Das sei auch ein wichtiges Signal ins Land.

Susanne Schneider (FDP) spricht die Titelgruppe 62 an – Gleichstellung und Potenzialentwicklung von Frauen in Beruf und Gesellschaft – und stellt die Frage, ob sich die Titelgruppe nach wie vor nur auf Frauen beziehe oder inzwischen auch auf Jungen und Männer.

Das Projekt „SchLAu“ laufe ihres Wissens über das Schulministerium. Nach ihrer Kenntnis sei dort jetzt ein Gründungsstopp vorgesehen. Es würden keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt.

Sie bitte für zukünftige Haushaltsberatungen um ein vorheriges Berichterstattergespräch. Bisher liege kein Protokoll über ein Berichterstattergespräch vor. Das wäre aber für die heutige Sitzung sehr hilfreich gewesen.

Nach Meinung von **Josefine Paul (GRÜNE)** sei es nicht nur schön, dass die Haushaltsmittel trotz schwieriger Haushaltslage in dieser Höhe hätten gesichert werden können, sondern allein der Aufwuchs in diesem Bereich seit 2010 sei erfreulich. Das

drücke sehr eindringlich aus, wie wichtig der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen dieser Bereich sei. Das sei ein sehr wichtiges Signal, dass es nicht nur diesen Aufwuchs gegeben habe, sondern dieser Aufwuchs auch weiter gehalten werde.

Sie begrüße auch das wichtige Signal im Bereich Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt. Die Verpflichtungsermächtigung bedeute eine gewisse Verlässlichkeit. Das sei zwar keine konkrete Aufstockung der Mittel, aber doch aus ihrer Sicht eine substanzielle Verbesserung und Entlastung.

Sehr schön finde sie auch, dass man sich auch der Weiterentwicklung der sehr wichtigen anonymen Spurensicherung widmen könne. Der Haushaltsansatz in Höhe von 400.000 € und die weiter voranschreitende Entwicklung von GOBSIS seien sehr gute Nachrichten.

Gut finde sie auch, dass NRW im Bereich LSBTTI Vorbild für viele andere Bundesländer sei. Das sei auch so rückgemeldet worden. Die Queer-Liste und die Förderung von Projekten der Jugendarbeit durch das MFKJKS zeigten, dass das zunehmend eine Querschnittsaufgabe werde. Das sei ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal, dass man nicht nur die Community bedienen wolle, sondern mit der Kampagne auch weiter in die „Mitte der Gesellschaft“ wirken wolle. Damit könne NRW Vorbild sein.

Vorbild sei NRW auch mit dem Runden Tisch Prostitution. Sie sei auch schon sehr gespannt auf den Abschlussbericht. Das habe deutschlandweit Widerhall gefunden, dass NRW so einen breiten Aufschlag gemacht habe und sich so dezidiert mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe. Man habe eben nicht nur Vorschläge aus der populistischen Mottenkiste geliefert, sondern Handlungsempfehlungen im Sinne aller Beteiligten und vor allem im Sinne der Frauen abgegeben.

Unter dem Strich sei der Haushalt natürlich immer nur das Instrument für eine emanzipatorische Politik für Nordrhein-Westfalen. Mit diesem Haushaltsplanentwurf sei es ihres Erachtens gelungen, noch einmal deutlich zu machen, wohin man eigentlich in Nordrhein-Westfalen mit emanzipatorischer Politik wolle.

Die Queer-Liste zeige auch, dass man es ernst meine mit der Forderung, dass sowohl Frauenpolitik als auch LSBTTI Querschnittsthemen sein sollten. Nicht nur ein Ministerium solle sich damit befassen, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche und die sie repräsentierenden Ministerien müssten sich damit auseinandersetzen. Diesem selbst gesteckten Ziel werde man gerecht.

Birgit Rydlewski (PIRATEN) äußert, sie habe den Eindruck, hier werde aufrichtig versucht, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Beste zu machen im Sinne von Frauen, Emanzipation und Gleichstellung.

Auch ihre Fraktion, so **Regina van Dinter (CDU)**, halte die neuen Maßnahmen, die zu Rechtssicherheit und Finanzsicherheit für alle Projekte im Themenfeld „Frauen und Gewalt“ führten, für den richtigen Weg. In anderen Bereichen sei schon vor Jah-

ren für diese Sicherheit gesorgt worden. Sie erinnere an den Pakt für die Jugend und an den Pakt für den Sport.

Sie bitte darum, den Ausschuss bei der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes im nächsten Jahr frühzeitig einzubinden.

Sie rege auch an, im Ausschuss über die Ergebnisse des Runden Tisches zu sprechen. In Berlin werde ja gerade auch das Bundesgesetz dazu beraten. Sie könne sich vorstellen, von NRW aus dort etwas einzubringen.

Zu diesem Frauenhaushalt lasse sich im Grunde genommen insgesamt nicht viel sagen. Entweder handele es sich um Pflichtaufgaben oder um Themenbereiche wie „Gewalt gegen Frauen“, um die man sich intensiv kümmern müsse. Das habe man auch all die Jahre getan.

Dennoch sei mit Blick auf den Landeshaushalt insgesamt festzustellen, dass die Anforderungen, die die CDU an einen Landeshaushalt stellen würde und die sie auch in ihrer Verantwortungszeit verfolgt habe, hier in keiner Weise erfüllt würden. Sie erkenne nicht, dass hier Ziele erreicht werden könnten, die bis 2020 aber dringend miteinander erreicht werden müssten.

Das sage sie aber nur am Rande, weil zwar klar sei, dass sich über den Frauenhaushalt die Welt nicht retten lasse und insbesondere die finanzpolitische Lage des Landes nicht verbessern lasse, aber die CDU diese Anstrengungen insgesamt im Landeshaushalt vermisse.

Die CDU trage die Maßnahmen im Frauenbereich in der Mehrzahl mit, aber komme mit Blick auf den Gesamthaushalt zu einem negativen Votum.

Die Berichterstattung zum Runden Tisch Prostitution habe sie bereits für die nächste Sitzung geplant, teilt **Vorsitzende Daniela Jansen** mit.

Im Hinblick auf eine gute Diskussion in der nächsten Sitzung, ergänzt **Ministerin Barbara Steffens (MGEPA)**, sei der Abschlussbericht zum Runden Tisch Prostitution gerade bereits an die Ausschussmitglieder verteilt worden. Dem Landtag werde der Bericht noch offiziell zugestellt. Man habe den Bericht auch allen Akteuren auf Bundesebene zugeschickt. Auch aus dem Bereich der EU kämen Anfragen nach diesem Bericht. Deswegen finde sie es auch wichtig, dass der hier im Ausschuss gemeinsam diskutiert werde.

Auf Bundesebene gebe es auch Entwicklungen oder Forderungen, zu denen der Runde Tisch sehr nachvollziehbar zu anderen Ergebnissen komme. Aus dem Grund sei eine gemeinsame Diskussion auch wichtig. Es müssten nicht alle einer Meinung sein, aber eine gemeinsame Auseinandersetzung mit dem Bericht halte sie für wichtig.

Im Frauenbereich handele es sich nur um freiwillige Leistungen. Es gebe keine einzige Pflichtaufgabe.

Selbst wenn man den Frauenetat auf null setzte und dann keinerlei Frauenstrukturen mehr hätte, würde das in der Tat im Blick auf die Sparziele des Landeshaushalts nicht sichtbar sein.

Über eines müsse man sich ja auch im Klaren sein. Einsparungen an bestimmten Stellen bedeuteten ja auch enorme Folgekosten. Eine Zerschlagung der Strukturen gegen Gewalt führe zu massiven Folgekosten im Gesundheitswesen und in ganz vielen Bereichen.

Die frühzeitige Einbeziehung des Ausschusses bei der Novellierung des LGG sage sie gerne zu. Die Landesregierung gehe auch nicht mit einer bestimmten Vorstellung des LGG an den Start. Gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten wolle man ein LGG erreichen, das wieder greife und durchsetzungsfähig sei. Der Weg dahin sei schwierig. Alle, die sich an dem Prozess beteiligen wollten und etwas einbringen wollten, seien dazu eingeladen. Sie werde jederzeit gerne im Ausschuss darüber berichten.

Angesichts der Übertragung und der Notwendigkeiten und Bedarfe auf kommunaler Ebene halte sie es für wichtig, das größtmögliche Wir-Gefühl der Frauen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Das habe es in der Vergangenheit auch schon bei anderen Themen gegeben. Gerade beim LGG sei das ihrer Meinung nach ganz wichtig.

Frau Schneider habe sich ein Berichterstattergespräch gewünscht. Dafür sei der Landtag zuständig und es handele sich auch um einen großen Aufwand. Die Parlamentarier könnten vielleicht darüber nachdenken, die Landtagsverwaltung dabei zu unterstützen. Sie wisse das aus ihrem Ministerium und sehe das auch im Landtag. Die personellen Ressourcen genühten oft nicht. Die Fraktionen könnten mit ihren PGF besprechen, was getan werden könne, um schneller an die Ergebnisse und die Protokolle der Berichterstattergespräche zu kommen.

„SchLAu“ werde mit 80.000 € vom MGEPA finanziert. Die Summe sei von dieser Regierung gegenüber der Vorgängerregierung um ein Vielfaches erhöht worden. Aber das werde jetzt nicht aufgestockt, sondern nur überrollt. Es gebe also kein Mehr. Die Förderung bleibe auf dem Level von 2014. Es gebe weder ein Weniger noch ein Mehr. Sie sei froh über diese Überrollung und darüber, dass hier keine Einschnitte vorgenommen werden müssten.

Die Titelgruppe 62 sei Teil des Frauenetats. Die Männer fielen in die Zuständigkeit des MAIS. Das MGEPA habe keine Zuständigkeit für die berufliche Integration von Männern und Jungen. Das werde sich auch nicht ändern.

Vorsitzende Daniela Jansen stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorlägen, über die jetzt abgestimmt werden müsse.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP und der CDU bei Enthaltung der Piratenfraktion zu.